

Einige Anmerkungen nach dem Kongress „Kosten rebellieren“ in Hamburg im Jahre 2006

Ob ich zu einer bundesweiten Aktionskonferenz der Sozialproteste fahre oder zu dem bundesweiten Prekarisierungskongress „Kosten rebellieren“, welch ein Kulturschock. Dort meistens Ältere, z.B. viele ältere langzeitarbeitslose Montagsdemonstranten aus dem Osten, hier meistens prekarierte jüngere Studenten. Dort wirkt es etwas muffig, staubig, eben traditionell, hier fast schon postmodern, schick. Dort geht's um Sicherheit, den Sozialstaat, soziale Standards, hier um Aneignung, Rebellion, Widerstand, obwohl einige ErwerbslosenaktivistInnen versuchen, das Konzept des Grundeinkommens und eine traditionelle Latschdemo am 3.6. zu puschen.

Die Sozialproteste sind fast tot. Viele AktivistInnen sind entweder durch die Parlamentarisierung (Wasg) oder das Grundeinkommen (Netzwerk Grundeinkommen) aufgesogen. Die Energie der Verbliebenen reicht nicht, um Neues auf die Beine zu stellen. Es gibt erfreuliche Ausnahmen, wie die Initiative gegen Zwangsumzüge mit einem Infotelefon. Ich war auf dem Kongress in Workshops, wo es um Widerstand und Organisation gehen sollte.

Was wurde im ersten Workshop von den ReferentInnen angeboten?

Erstens das Grundeinkommen. Natürlich finde ich eine Diskussion um die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, um den Arbeitszwang, die Angst in der Arbeitsgesellschaft usw. wichtig, es muß eine gesellschaftliche Debatte darüber entfacht werden. Aber seien wir realistisch, Grundeinkommen wird es im Kapitalismus nur in Form des Kombilohn geben oder wenn ein höheres Grundeinkommen erreicht werden sollte, dann heben sie eben die Miet- und Lebenshaltungskosten an, so einfach ist das.

Zweitens die Sozialproteste. Es war gut, dass es die Montagsdemos gegen Hartz IV gab, aber seien wir auch hier realistisch, die meisten wollten nicht mit den „asozialen“ SozialhilfebezieherInnen in einen Topf geworfen werden. Sie wollten ihr „stahlhartes Gehäuse“ Normalbiographie Ausbildung, Arbeit, Familie, Rente wieder, etwas, was ich und viele von uns schon früher abgelehnt haben, sie wollen zurück in den Wohlfahrtsstaat, ohne auch nur ein bißchen Kritik am keynesianischen entmündigenden Sozialstaat zu haben. Aber auch das wurde während der Sozialproteste kaum thematisiert.

Drittens die Umsonstaktionen, Aneignung. Da gab es gute Aktionen, z.B. den Museumsbesuch in Kassel und den Besuch des Luxusrestaurant Borchardt in Berlin, wo z.B. mittels einer Karte dargestellt wurde, wie dort die Preise sind und was die einzelnen Sätze für Hartz IV-BezieherInnen sind (für Gesundheitspflege, Kultur etc.).

Ich habe andere Aktionen erlebt, die mich an postmodernen Lifestyle erinnerten. Zum Beispiel eine BVG- Kundgebung in Berlin, wo gerade das Arbeitslosenticket abgeschafft wurde und die Leute die Fahrtkosten nicht mehr aufbringen konnten. Auf der Kundgebung wurde gar nicht der Versuch der Vermittlung gemacht. Es wurde ein Gewerkschaftsflugblatt vorgelesen, das war der einzige politische Inhalt. Man kann ja einen Sektempfang für Schwarzfahrer machen und Hip Hopper auftreten lassen, aber bitte dann die Kundgebung auch mit politischen Inhalten verknüpfen. Ich könnte wetten, dass keiner der Passanten überhaupt mitbekommen hat, worum es geht. Eigentlich schade, denn Proteste gegen die BVG hätten viele unterstützt. Unser Go-in bei der BVG, wo wir den BVG-Chef Arnim aus einer Sitzung holten und ihn gemeinsam zur Rede stellten, war viel gelungener. Ich habe aber noch weitere Probleme mit dem Aneignungskonzept. Die Aneignungsaktionen der Erwerbslosen- und Jobberinitiativen in den 80er Jahren kann ich mir gut vorstellen. Heute ist die Situation für

viele härter geworden, sie haben Angst vor Geldstrafen, vor Kriminalisierung. Sie wollen nicht jeden Tag klauen und plündern, sie wollen ihre Rechte, sie wollen soziale Sicherheit. In den USA sitzen die Armen schon in den Knästen, sollen die Herrschenden auch hier die Handhabe dafür haben. Ich will damit sagen, dass das Aneignungskonzept für viele Betroffene nicht überzeugend ist. Und die, die das schon in ihrem Alltag praktizieren müssen (z.B. „Ich gehe lieber klauen, als zum Sozialamt.“), die lachen sich tot, wenn das als kollektive Perspektive von Linken angeboten wird.

Individuelle Verweigerung wird massenhaft praktiziert, es bedarf neuer Strategien, um kollektiven Widerstand daraus zu machen. Ich persönlich wundere mich schon, zu welchen Arbeitsverhältnissen auch Linke bereit sind, ich bin ein Anhänger der Arbeitsverweigerung, sowohl der kapitalistischen Lohnarbeit sowie in der DDR der fordistischen tristen Erwerbsarbeit, obwohl ich genug arbeite, diese wird in diesem System aber nicht bezahlt, in der DDR setzte ich der Arbeitspflicht und dem Asozialengesetz Phasen des Müßiggangs entgegen. Wer also trotz alledem bereit ist, prekär zu arbeiten, sollte Streiks, Sabotage etc. praktizieren, aber vom Alltagswiderstand der Linken höre ich eigentlich nichts, aber dies von den Anderen einfordern. Alltag und Politik sind meistens ziemlich voneinander abgekoppelt, die Call-Center-Offensive war da eine rühmliche Ausnahme. Ich wollte jedenfalls zur Vorsicht der Mediendarstellung mahnen. Die Überflüssigen mit den roten Pullis sind eigentlich nicht die Überflüssigen, sondern die prekarierten StudentInnen, sie werden noch gebraucht, die wirklich Überflüssigen sind die älteren Langzeitarbeitslosen, auf sie schlägt letztens die Stigmatisierung wieder zurück, ich glaube auch davor haben viele Angst, in der Gesellschaft noch mehr ausgegrenzt zu werden. Jedenfalls finde ich, sollten sich die Aneignungsaktivisten mal mit Hartz IV-Betroffenen zusammensetzen und über das Aneignungskonzept diskutieren.

Viertens waren dann die Streiks bei Opel und Gate Gourmet im Angebot. Nichts gegen die Referenten, aber letztlich waren wieder einmal nicht die wirklich Betroffene da, sondern linke Unterstützer. Das bezeichne ich als Stellvertreterpolitik, womit ich damit gar nicht die Arbeit der Unterstützer abwerten will. Überhaupt wo waren auf dem Kongreß die vielen prekarierten normalen ArbeiterInnen oder auch MigrantInnen? Bei den Sozialprotesten habe ich zumindestens auch viele Normalbürger erlebt, das ist allerdings wieder vorbei.

Ich bin der Überzeugung, dass es eine breite Unzufriedenheit in der Bevölkerung gibt, vor allem was die Themen Arbeitslosigkeit und Arbeitswelt betrifft, es herrscht ein Klima der Angst. Warum gelingt es dann der Linken nicht, dort anzudocken?

- Es gibt kaum eine linke Gegenöffentlichkeit. Medien werden nicht bzw. kaum genutzt (wie der OKB, das Zeigen von Latschdemos wird da auch nicht weiterhelfen), Zeitungen führen eine elitären innerlinken Diskurs, den ein Außenstehender kaum noch versteht. Oftmals profilieren sich da Studenten und Akademiker, aber es wird nicht reflektiert, wie die Arbeitswelt eigentlich in die Linke hineinwirkt. Den wichtigsten Redebeitrag auf dem Kongreß brachte m.E. Dirk Hauer, der selbstkritisch konstatierte, wie die prekäre Arbeitssituation auch in sein Dasein als Linker hineinwirkt, und das das in der Linken gar nicht thematisiert wird. Zum Beispiel ist er früher aus Interesse zu Kongressen gefahren, heute oftmals um als prekärer Selbstständiger Kontakte zu knüpfen etc. Wir müssen also bei uns selber anfangen.

- Es gibt keine Selbstkritik und Selbstreflexion der Linken. Was ist bei uns eigentlich los? Warum sind in der radikalen Linken kaum Leute über 30, wie z.B. auf einem Autoorganisationskongreß konstatiert wurde, wie gelingt es dem Kapitalismus immer wieder,

die Linke zu vereinnahmen und aufzusaugen. M.E. ist für solch eine Selbstreflexion das Buch „Der neue Geist des Kapitalismus“ von Boltanski/Chiapello hilfreich. Sie fordern die Zusammenführung von Sozialkritik (Sicherheit, soziale Standards) und Künstlerkritik (Autonomie, Emanzipation etc.). Hier einige Stichworte:

Die Künstlerkritik sollte „die Frage nach Emanzipation und Authentizität neu stellen. Dazu sollte sie von den neuen Formen der Unterdrückung und der Ökonomisierung ausgehen, die sie ungewollt erst ermöglicht hat.“(s. 507)

- v Sicherheit als Emanzipationsfaktor: was Arbeitsplatzsicherheit stärkt, verschafft Freiräume, Mobilität hinterfragen, richtiges Tempo finden, Kollektivinstanzen sind notwendig, Kampf gegen Entwurzelung, Kampf für Statusverteidigung und-erlangung kein Rückzugsgefecht; „Die Erlangung eines Status kann jedoch nur unter zwei Bedingungen eine emanzipatorische Wirkung entfalten. Die erste Bedingung besteht darin, dass verbesserte Sicherheitsgarantien nicht zu einer Standardisierung und Dequalifizierung der Arbeitsaufgaben führen dürfen, wie es beim Übergang des Markt- zum fordistischen Kapitalismus der Fall gewesen war...Die zweite Voraussetzung ist, dass der Status nicht in einer Art und Weise verfestigt werden darf, die jede Form der Bewährungsprobe, welcher Natur auch immer, unmöglich macht.“(S. 510f.)
- v Beschränkung der Marktsphäre: die Ausdehnung der Marktsphäre muß begrenzt werden, Blickwinkel der Nachfrage: Würde der Menschen verteidigen, mit Primärgütern ausgestattet zu werden (Sozialkritik), Beseitigung der Ungleichheit; Blickwinkel des Angebotes; Gut außerhalb der Marktsphäre verbleiben, weil es gegen die Würde des Gutes selbst verstößt (Künstlerkritik)

Das beides zusammengehört, wurde mir auch auf dem Kongreß bei einer Referentin nochmals klar, sie ist als Linke bei einer Gewerkschaft für das Sicherheitsgewerbe angestellt. Dabei thematisierte sie zwar die Organisation und die Sozialstandards, aber nicht die Arbeitsinhalte und die Frage, ob viele dieser Arbeiten nicht eigentlich überflüssig oder gar repressiv sind. Wie wieder mal die Arbeitswelt in die Situation als Linke hineinspielt.

- v Ein Manko ist m.E. auch, dass als Alternative nur noch das Grundeinkommen diskutiert wird, eine reformistische Forderung an den kapitalistischen Staat. Nach Alternativen außerhalb des Kapitalismus wird nicht mehr gesucht, es finden keine Diskussionen über „Utopien“ statt. Es wird solange den Fatalismus in der Bevölkerung geben, solange ihnen Alternativlosigkeit vorgespiegelt werden kann und die Linke leistet einen Beitrag dafür.
- v Wir werden nichts erreichen, wenn wir Abwehrkämpfe führen, die meistens erfolglos bleiben, und uns weiter zersplittern. M.E. gehören die Themen Prekarisierung und Überflüssigkeit zusammen. Deshalb müssen auch die unterschiedlichen Szenen zusammenfinden, so groß der Kulturschock auch sein mag. Auch Prekarisierungs- und Migrationsgruppen sind mit den Themen Hartz IV konfrontiert. Und Erwerbslose sind mit prekarierten Arbeitsverhältnissen, wie Ein-Euro-Jobs konfrontiert, seltsamerweise wurde das auf diesem Prekarisierungskongreß kaum thematisiert. Nur zwei Beispiele: Mit dem Hartz IV- Optimierungsgesetz wird zum Beispiel die Sozialschüffelei zunehmen, leben Prekarisierte z.B. mit Hartz IV- BezieherInnen in einer Wohngemeinschaft zusammen, kann es sein, dass nach einer Bedarfsgemeinschaft gefahndet wird, das heißt es wird in Schränken und Betten herumgewühlt etc. Von den Verschärfungen für Hartz IV- beziehende Jugendliche sind vor allem migrantische Jugendliche mit Hauptschulabschluß, ohne Ausbildung sowie ihre Familien betroffen. Sie bekommen weniger oder gar keine Leistungen mehr und unterliegen quasi einem Auszugsverbot. Ich habe letztes Jahr bei den

Maistenen in Berlin versucht, die Themen Rassismus und Hartz IV zusammenzubringen, es ist nicht gelungen. Der Bezirksbürgermeister von Neukölln Heinz Buschkowsky hatte der Jungen Freiheit ein Interview gegeben, Neukölln war ja inzwischen auch durch die Rütli-Schule in den Schlagzeilen, Schäuble bezeichnete Neukölln als Slum. So stellte sich die Situation dann so dar, dass die Moderatorin der Montagsdemos das Wort Rassismus und Buschkowsky nicht einmal in den Mund nahm, und das Alternativprojekt in Neukölln, das sich gegen Buschkowsky stark machte, sich nicht für das Thema Hartz IV interessierte. Ich bemerke nur ständig ein gegenseitiges Desinteresse, dabei gehört alles zusammen. Natürlich kann nicht jeder alles machen, es bedarf der Spezialisierung, aber zumindestens muß zusammengearbeitet werden.

Und die Linke muß nach einer Selbstreflexion eine Strategiedebatte führen, wie es weitergehen soll. So jedenfalls nicht! Dazu bedarf es aber kleinerer Gruppen, damit gleichberechtigt in der Linken diskutiert werden kann. Sprache als Herrschaftsinstrument in der Linken wird nämlich auch nicht thematisiert, ich weiß wovon ich spreche, ich komme aus der Sprachlosigkeit. Viele der Betroffenen sind nicht mehr in der Lage, überhaupt zu artikulieren, wie es Ihnen geht im Kapitalismus. „Die“ Linke muß lernen, dafür Verständnis aufzubringen und die Leute überhaupt zu verstehen. Also auf ein Neues, sonst wird das alles nichts...